

der Arbeiterschaft besser ist, als bei uns. In einer Reihe von Berufen konnte die deutsche Arbeiterschaft das Friedensrealinkommen noch nicht wieder erreichen und es sind hier vor allem jene Berufe, die besonders schwere körperliche Anforderungen, wie beispielsweise der Bergbau, stellen, die unter diesem Zustand leiden. Jedenfalls beweisen die bisherigen Ausführungen, daß die Gewerkschaften in ihrem Streben, eine angemessene Erhöhung der Löhne herbeizuführen, auch in der Zukunft nicht erlahmen dürfen, sondern diese Bestrebungen mit allem Nachdruck fortsetzen müssen. Eine eingehende Betrachtung obiger Zahlen beweist besser wie alles andere die Notwendigkeit einer anderen, besseren Verteilung der Wirtschaftsgüter, wenn eine sozialere wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung in Deutschland herbeigeführt werden soll.

Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist von der Lohnhöhe und ihrer Kaufkraft abhängig. Von besonderem Interesse ist daher die Frage nach der Einkommensverteilung. Aus statistischen Gründen hat man die Ausgaben in feste und variable, verschiedene unterteilt. Zu den festen Ausgaben rechnet man diejenigen für Wohnung, Heizung und Beleuchtung, für Sozial- und sonstige Versicherungsbeiträge, Verbands- und Vereinsbeiträge und Steuern. Der Anteil dieser festen Ausgaben vom Einkommen schwankt je nach der Einkommenshöhe und beträgt nach den neuesten statistischen Ergebnissen in runden Zahlen bei einem monatlichen Einkommen

von	200.-	4	m.
	v. 5.	v. 5.	v. 5.
für Miete	12,5	10,1	8,3
Heizung und Beleuchtung	3,5	3,5	4,5
Sozial- u. sonst. Versicherungsbeiträge	8,9	7,8	7,1
Gewerkschafts- u. Vereinsbeiträge	0,7	1,1	1,4
Steuern	1,9	2,5	2,7

Zusammen 29,4 27,2 26,1

Fast 30 Prozent der kleinen und kleinsten, aber immer noch 25 Prozent auch der mittleren Einkommen wird für feste Verpflichtungen beansprucht. Für Nahrungs- und Genussmittel werden in den genannten Einkommensstufen 47,5, 45,7, 42,5 verausgabt, so daß damit insgesamt 76,9, 72,9, 68,6 des Einkommens für den allerdringendsten Bedarf verausgabt wäre. Diese Zahlen decken sich übrigens auch mit den Erhebungen, die eine Anzahl von Berufsverbänden veranstaltet haben. Sie ließen zu diesem Zweck Haushaltsbücher führen, die nach Rückgabe bearbeitet und deren Ergebnisse veröffentlicht wurden. So veröffentlichte der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Ende 1927 eine diesbezügliche Statistik und stellte fest, daß für Miete 10,60, für Heizung und Beleuchtung 3,64, für Steuern und Versicherungen 7,75, für Nahrungs- und Genussmittel 48,92 v. H. des Einkommens verwandt wurden. Von dem kleinen noch verbleibenden Rest des Einkommens müssen alle sonstigen Lebensbedürfnisse, auch geistige, befriedigt werden die natürlich aus Mangel an Mitteln nur kümmerlich Berücksichtigung finden können.

In der Deutschen Richterzeitung öffnet ein Amtsgerichtsrat, der Vater von 6 Kindern ist, sein Haushaltsbuch. Das dienstliche Einkommen im Jahre 1928 betrug 11 000 Mark, die Ausgaben 12 335 Mark. Es betragen die Jahresausgaben für Theater und Konzerte 10 Mark, für Reisen (achtköpfige Familie) 130 Mark. Das monatliche Taschengeld für Hausherrn und Hausfrau zählte zusammen 25 Mark. 100 Mark müssen jährlich an Zinsen für frühere Schulden aufgebracht werden. Eine Lebensversicherung fehlt, da die Aufbringung der Prämien ganz unmöglich ist. Für Essen und Trinken sind 3900 Mark ausgegeben, das macht auf den Kopf und Tag 1,19 Mark, wahrlich nicht zu viel. Die Miete beträgt 1940 Mark, es handelt sich um eine fünfzimmerwohnung im Vorort. In dieser Miete sind 700 Mark Hauszinssteuer und auf die Mieter umgelegte Hausvermögenssteuer enthalten. Außerdem bezahlt der Betreffende noch 300 Mark Einkommenst. u. „Unverkennbar“, so urteilt er selbst, „zeigt dieser Jahresabschluss, daß ein nicht beförderter Richter mit 6 Kindern trotz bester Gesundheitsverhältnisse in der Familie nicht imstande ist, mit seinem Dienstinkommen auszukommen, selbst wenn er äußerst bescheiden lebt und nur seinen Kindern die selbstverständliche Schulbildung geben will. Von einer „standesgemäßen“ Teilnahme an den geistigen Kulturgütern, Pflege der Geselligkeit usw. ist keine Rede mehr.“

Ein Einkommen von 11 000.— Mk. jährlich erscheint der Arbeiterschaft märchenhaft hoch. Wenn aber schon die immerhin anständig besoldete Beamtenschaft, für die in 1927 eine Lohnerhöhung von einem Ausmaß, die bis dahin und jedenfalls für eine weitere Zukunft einzigartig dasteht, Grund zu solchen Klagen zu haben glaubt, dann möchten wir dem ein anderes Beispiel an die Seite stellen, welches uns als typisch für einen kinderreichen Arbeiterhaushalt erscheint. Es handelt sich um einen Schreiner in einer Mittelstadt, verheiratet, mit 4 Kindern im Alter von 17, 15, 13 und 11 Jahren.

Es betrug das Jahreseinkommen des Betreffenden aus Arbeit	2104,09 RM.
aus der Sozialversicherung	310,64 "
Verdienst der Kinder	772,00 "
Zusammen	3186,73 RM.

Während der vorhin erwähnte Amtsgerichtsrat von einer „selbstverständlichen“ Schulbildung seiner

Kinder redet, ist der letztgenannte Schreinergehilfe gezwungen, seine Kinder sofort nach der Schulentlassung in die Fabrik zu schicken, um so nur das Notwendigste zum Lebensunterhalt beschaffen zu können. Und das ist ihm nicht einmal gelungen, denn Schulden hat er noch obendrein machen müssen. Hier die Aufstellung seiner Ausgabenwirtschaft:

für Wohnung	365,10 RM.
„ Kleidung, Wäsche	
Anschaffungen	672,89 "
Lebensmittel	1 846,77 "
Heizung und Beleuchtung	98,68 "
Sozial- u. sonst. Versicherungen	186,29 "
Gewerkschafts- u. Vereinsbeiträge	60,60 "
Bildungszwecke	103,59 "
Einkommensteuer	10,80 "
Sonstige Ausgaben	215,15 "
Gesamtausgabe	3 559,87 RM.

Man wird nicht behaupten wollen, daß diese Familie auch nur den geringsten Betrag für Überflüssiges auszugeben in der Lage gewesen wäre. Weit über die Hälfte des gesamten Einkommens mußte für Lebensmittel ausgegeben werden, um wenigstens satt zu werden. 0,88 RM. sage und schreibe 88 Pfennige standen pro Kopf und Tag zum Sattessen zur Verfügung. Und trotzdem Mehrausgaben — Schulden. Schulden beim Händler, beim Fleischer, beim Bäcker, beim Hauswirt. Zugegeben sei, daß die hier geschilderte Notlage durch längere Arbeitslosigkeit herbeigeführt wurde. Welcher Arbeiter aber ist heute in solicher Stellung, daß er nicht immer mit einer derartigen Zufälligkeit rechnen mußte? Schulden bedeuten beim Arbeiter aber etwas ganz anderes als bei Festangestellten und Festbesoldeten. Die Rücklicht, die diese immer noch bei Pflanzern finden, wird der Arbeiter so gut wie niemals feststellen. Für ihn heißt es zahlen oder einschränken.

Die Gegenüberstellung aber zeigt, daß wir noch weit entfernt sind von einer sozialen Ordnung, die auch dem Arbeiter genügend Lebensraum sichert. Diesen zu erkämpfen wird nach wie vor Aufgabe der Gewerkschaften sein.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 5.—11. Mai 1929 der 19. Wochenbeitrag im Jahre 1929 fällig ist.

Zeitabgaben. Kassierer und Vertrauensleute schützen sich und den Verband vor Geldverlusten durch pünktliche und regelmäßige Einsendung vereinnahmter Beträge an die Hauptkasse.

Lohn- und Tarifbewegung.

Pinsel- und Bleistiftindustrie in Nordbayern. Ende März wurde das bestehende Lohnabkommen gekündigt und eine Erhöhung des Spitzenlohnes von 88 Pfg. auf 96 Pfg. pro Stunde verlangt. In freien Verhandlungen war eine Verständigung nicht möglich, die Arbeitgeber waren lediglich bereit, das bestehende Lohnabkommen um ein Jahr zu verlängern.

Um eine Beilegung der Differenzen herbeizuführen, haben die Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß Nürnberg angerufen. Dieser fällt am 17. April einen Spruch, nach welchem sich der Spitzenlohn um vier Pfennig pro Stunde erhöhen und das neue Lohnabkommen erstmals zum 27. 9. 1930 kündbar sein soll. Dieser Spruch wurde arbeitnehmerseits abgelehnt, Arbeitgeberseits dagegen angenommen und die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Bei den Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung, die am 30. April stattgefunden haben, war es möglich, zu einer Verständigung zu gelangen. Der Schiedsspruch wurde in mehreren Punkten zugunsten der Arbeitnehmer abgeändert. Damit ist der Friede in der Bleistift- und Pinselindustrie in Nordbayern gesichert.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hildesheim. Am 22. Februar konnte unsere Zahlstelle auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß war auf Sonntag, den 14. April, eine Jubiläumsfeier angelegt, die von den Verbandsmitgliedern und den Freunden aus den Verbänden des Deutschen Gewerkschaftsbundes stark besucht war.

Der Gauleiter Storch aus Hannover überbrachte die Glückwünsche des Verbandsvorstandes und der Zahlstellen im Gaugebiet Hannover. In seiner Festrede, die er an Stelle des leider erkrankten Kollegen Schick hielt, führte er in die Zeit der Gründung unseres Verbandes und der Zahlstelle Hildesheim zurück. Seine Ausführungen über die geistige und materielle Not der Arbeitnehmer in jener Zeit dürften auch den jüngeren Kollegen die Notwendigkeit der Gründung der christlich-nationalen Gewerkschaften bewiesen haben. An Hand von Unterlagen wurde gezeigt, wie der Verband die Lebenslage der Holzarbeiterfamilien durch Arbeitszeitverkürzung und Erhöhung der Reallohne wesentlich gebessert hat.

Sodann ging der Redner auf die großen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften im neuen deutschen Volksstaat ein. Er sagte ungefähr folgendes: Die christlichen Gewerkschaften haben neben ihrer Hauptaufgabe, die nach wie vor in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse besteht, die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß dem Arbeitnehmer in der deutschen Volkswirtschaft in allen Lebenslagen die Sicherstellung der Lebenshaltung gegeben wird. Es ist ein unwürdiger Zustand und mit dem Gebot der christlichen Nächstenliebe nicht zu vereinbaren, daß ein Arbeitnehmer, der jahrelang seine Arbeitskraft in den Dienst der Wirtschaft und des Volks gestellt hat, wenn er krank, siech oder arbeitslos wird, nicht weiß, wie er sein Leben fristen soll. Aus diesem Grunde ist die in den letzten Jahren, unter besonderer Mitwirkung der christlichen Gewerkschaften eingeführte Arbeitslosenversicherung besonders zu begrüßen. Wir müssen weiter daran arbeiten, daß die sozialen Versicherungen, besonders die Invalidenversicherung, weiter ausgebaut werden, damit dem Arbeitnehmer auch für seinen Lebensabend ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird. Wir Arbeitnehmer haben auf die Erfüllung dieser Forderungen ein gutes Recht. Wenn jetzt die großen Tributzahlungen, aus den Erträgen der deutschen Volkswirtschaft, zum großen Teil auf Kosten der Arbeitnehmer, geleistet werden, so müssen wir zumindest wissen, daß wir nicht von heute auf morgen dem Elend preisgegeben werden können. Der Arbeitnehmer muß die innere Gewißheit haben, daß die Wirtschaft und das Volk, dem er seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt, sich auch für ihn verantwortlich fühlen.

Darüber hinaus hat die christliche Gewerkschaftsbewegung die Aufgabe, den Arbeitnehmerstand in Staat und Wirtschaft gleichberechtigt mit den übrigen Volksschichten zu machen! Daß wir in der Lage sind, auf den verschiedensten Gebieten geeignete Mitarbeiter und Führer zu stellen, beweist die seitherige Tätigkeit unserer Verbandskollegen Stegerwald, Valtrusch, Koch, Joos, Schwarzer, Andre, Erling u. a. m., die nun schon Jahren im Staat, im Reichsgewerkschaftsrat, und als tätige Mitarbeiter in den Parlamenten bewiesen haben, daß auch der aus dem Arbeiterstand kommende Mensch wohl in der Lage ist, die Geschicke des Volkes und der Wirtschaft mitzuleiten. Natürlich müssen wir Gewerkschaftler uns das nötige Wissen aneignen. Das geschieht am besten dadurch, daß wir im Verband und in der Gesamtbewegung mitarbeiten und alle Bildungsgelegenheiten, die uns hier geboten werden, ausnützen.

Wenn jeder Verbandskollege seine Pflicht tut und für die großen Ziele unserer Bewegung arbeitet, so dürfen wir die Hoffnung haben, daß unsere christliche Gewerkschaftsbewegung und in ihr unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter, dem Arbeitnehmerstand die Zukunft schafft, die ihm auf Grund seiner Arbeit im und für das Volk, zusteht.

Die Ausführungen wurden freudig aufgenommen und der Zahlstellenvorsitzende, Kollege Deegenhardt, versprach in seinen Dankesworten, daß in der Zahlstelle Hildesheim, so wie in den 25 Jahren, alles getan werden soll, der christlichen Gewerkschaftsidee zum Siege zu verhelfen.

Bei der Ehrung der Jubilare wurde ein zwölfköpfiger Kollege in seinen Dankesworten und das Diplom überreicht. Den Frauen der Jubilare wurde in dankbarer Anerkennung der Unterstützung, die sie ihren Männern im langjährigen Gewerkschaftsdienst geleistet haben, Blumen überreicht. Auch des anwesenden Gründers der Zahlstelle, des Kollegen Simpel aus Hannover, wurde durch einen Blumenstrauß geehrt.

Kollege Brüggelboes gab einen Bericht über die Entwicklung der Zahlstelle. Aus demselben war zu entnehmen, daß manche Schwierigkeiten zu überwinden waren, bis der Bestand der Zahlstelle als gesichert angesehen werden konnte. Dankbar wurde der schweren Arbeit der jeweilig führenden Kollegen gedacht. Bis zum Kriegsausbruch hatte es die Zahlstelle auf etwa 70 Mitglieder gebracht. Durch den Krieg gab es ein Rückschlag, der aber bald wieder aufgeholt wurde. Dann ging es mit einigen Schwankungen weiter vorwärts. Bei der letzten Vierteljahrsabrechnung wurden 104 Vollmitglieder und 37 Lehrlinge in der Zahlstelle gezählt.

Im Anschluß an den Bericht gedachte der Vortragende der verstorbenen und im Kriege gefallenen Verbandskollegen. In dankbarem Gedenken sangen die Versammelten das Lied „Ich hat einen Kameraden“.

Am Abend fanden sich die Festteilnehmer mit ihren Familien gemütlich zusammen. Bei Gesang und Tanz verfloßen die Stunden nur zu schnell. Besondere Freude erweckten die von der Jugendgruppe aufgeführten Reigen und Volkstänze. Dem rührigen Leiter der Lehrlingsabteilung sei auch an dieser Stelle der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen. Es war wirklich eine gute Leistung von unseren jungen Freunden, neben der fachlichen Schulungsarbeit in den Fachkursen noch dieses fröhliche Tun einzubringen. Wer die strahlenden Augen der Mitwirkenden gesehen hat, ist gewiß davon überzeugt, daß hier der rechte Weg zum Herzen der Jugend gefunden ist.

Dieser Tag der Besinnung und der Freude war gewiß dazu angetan, bei unseren Mitgliedern und ihren Familien neue Freude an der ersten Gewerk-

schäftsarbeit zu wecken und die Jungen werden wohl den Vorsatz gefaßt haben, im Geiste der Alten mit und weiter zu arbeiten.

Rohlscheid. Wer nicht hören will, muß fühlen. Eine in den Kreisen der Schreinergerellen von Aachen und Umgebung subbekannte Firma, die Firma E. Amkreutz, Möbelfabrik in Rohlscheid, mußte obigen Satz zu wiederholtenmalen am eigenen Leibe erfahren, ohne allerdings dadurch klüger zu werden. Schwer hat es gehalten, bei den Kollegen dieser Firma Verständnis für die Organisation zu gewinnen und dort Eingang zu finden. Um so treuer und hingebender hielten sie dann aber auch an dem als richtig anerkannten Beginnen fest. Nach einem Vorstoß im Februar 1928 wurden die bis dahin gezahlten Löhne um 10 bis 20 Pfennig verbessert, ohne jedoch restlose Anerkennung der tariflichen Bestimmungen zu erreichen. Zu schnell zeigte sich jedoch, daß es manchmal schwerer ist, Errungenes zu halten, als Neues hinzuzufügen. Eine Anzahl Kollegen und gerade diejenigen, welche sich am energischsten für den Verband einsetzten hatten, wurden aus verschiedenen Gründen entlassen und Herr Amkreutz glaubte nun, wieder Herr der Situation zu sein. Überarbeit ohne Zuschläge „mußten“ gemacht werden, wollten die Kollegen nicht auf die gleiche Art auf die Straße fliegen. Die Umformungen des Herrn Diktators bewegten sich auf und unter dem Niveau des bekannten Grusses aus „Göt“.

Wer zuletzt lacht, lacht am besten! Denn die entlassenen Kollegen strengten durch ihren Verbandsvertreter Klage beim Arbeitsgericht an und erreichten durch Urteil eine Nachzahlung von 743,60 RM. Außerdem wurde Anzeige bei der Gewerbeinspektion erstattet wegen Überschreitung der Arbeitszeitverordnung mit dem Erfolge, daß am 26. April 1929 Herr Amkreutz zu einer Geldstrafe von 50 RM., im Nichtbeitreibungsfalle zu 5 Tagen Haft verurteilt wurde. Herr Amkreutz hatte in dieser Verhandlung ganz vergessen, daß bei ihm Überstunden gemacht worden waren. Ganz schwach konnte er sich noch entsinnen, daß „nur die Vehrlinge“ länger gearbeitet hatten.

Nach der Verurteilung durch das Arbeitsgericht wurde dann sämtlichen Arbeitern der Tariflohn gezahlt, bis am 15. Februar 1929, trotz jahrelanger untariflicher Entlohnung die Firma in Konkurs geriet. Damit ist wieder ein Beweis erbracht, daß die Löhne bei sonstiger Unfähigkeit der Betriebsleitungen den Zusammenbruch eines Unternehmens nicht aufhalten können.

Eine weitere Musterfirma ist die Firma Ernst, Möbelfabrik in Rohlscheid. Dort werden 25 bis 30 Leute beschäftigt und 15 bis 30 Pfennig unter Tarif entlohnt. Der „Betriebsrat“ wird den Kollegen aufgediktiert und besteht aus Verwandten und guten Bekannten des Inhabers. Trotz allem findet diese Firma willige und dankbare Arbeiter, denn außer drei oder vier Kollegen ist niemand organisiert. Mut zur Selbstermächtigung seiner Rechte hat kein Kollege und die Mitgliedschaft zu einem Verbandsmitglied wird schamhaft verschwiegen. Höchste Zeit wird es, daß auch hier die Kollegen aus ihrem reichlich langen Winterschlaf aufwachen und sich unserem Verbandsangehörigen anschließen. Die Erfolge bei der Firma Amkreutz haben deutlich gezeigt, wie mit etwas Mut und Ausdauer auch bei dem hartnäckigsten Unternehmer die Einhaltung unseres Tarifvertrages durchgeführt werden kann. Was dort möglich war, wird auch der Firma Ernst gegenüber durchzusetzen sein.

Würzburg. Am 8. April wurden hier die Wahlen zum Gesellenauschuß für das Schreinergerewerbe getätigt. Die sozialdemokratischen Verbände hatten in ihren Einladungen erwähnt, daß diesmal der Gesellenauschuß von den „Christlichen“ wieder zurückerobert werden müsse. Die Wahl fiel aber anders aus. Die Genossen fielen durch, und der Gesellenauschuß wurde wieder von den Mitgliedern unseres Verbandes bestellt. Nach der Wahl erklärte der Führer des deutschen Holzarbeiterverbandes: „Kommt Kollegen, wir gehen fort, die „Christlichen“ haben wieder einmal für sich gewählt.“

Wolfegg. Mitte Februar fand unsere Generalversammlung statt, die sich eines guten Besuches erfreute. Bezirksleiter Raiferauer-Stuttgart dankte den Zahlstellenführern für ihre umsichtige Mühewaltung. Anschließend stellte er uns geistig nochmals hinein in das abgelaufene Jahr 1928. Einige Berufe in der Holzindustrie wären bei der Lohnbemessung zu kurz gekommen, so die Arbeiter in der Holzspielwarenindustrie. Das sei, wie der Redner ausführte, auf mangelnde Organisationszugehörigkeit zurückzuführen. Auch erinnerte er uns an die Beschlüsse des 12. Verbandstages in Nürnberg, wo die Neueinführung der Invalidenunterstützung beim Verband beschlossen wurde, um dadurch den alten und invaliden Arbeitern einen Zuschuß zur staatlichen Invalidenunterstützung, die allein zum Leben nicht ausreichte, geben zu können. Die Ausführungen wurden von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen.

Schneidemühl. Unsere junge Zahlstelle blickt auf ein einjähriges Bestehen zurück. Man kann nicht erwarten, daß in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit alle Wünsche und

Fahrzeugindustrie

Wagen- und Waggonbau, Berufs- und fachkundliche Nachrichten

Aus der Waggonbauindustrie.

Die deutsche Reichsbahngesellschaft schätzt den Bedarf, der in den nächsten Jahren an Aufträgen für Fahrzeuge benötigt wird, auf 285 Millionen RM. Für das Jahr 1929 hat die Gesellschaft mit Rücksicht auf die finanzielle Lage ihr Beschaffungsprogramm an Fahrzeugen auf 227 Millionen RM. eingeschränkt. Der Verwaltungsrat hat davon bereits einen Betrag von rund 124 Millionen RM. genehmigt, der zur Begleichung der im ersten Halbjahr fälligen Zahlungen dienen soll. Das Auftragsprogramm für 1929 umfaßt:

23 Dampflokomotiven im Betrage von	2,17 Mill. RM.
6 elektr. Lokomotiven „	2,00 „
340 Eriebwagen „	26,25 „
2942 Personenwagen „	157,02 „
500 Gepäckwagen „	18,12 „
1112 Güterwagen „	15,07 „
459 Bahndienstwagen „	5,37 „
3 Schiffe „	1,00 „

insgesamt 227,00 Mill. RM.

Von diesem Gesamtbetrag von 227 Millionen RM. sollen 124 Millionen RM. in der ersten Jahreshälfte und 103 Millionen RM. in der zweiten Jahreshälfte zur Vorauszahlung gelangen. Dazu treten noch 17 Millionen RM. Restzahlungen aus früheren Jahren, so daß die tatsächliche Ausgabe im Jahre 1929 wahrscheinlich auf insgesamt 244 Millionen RM. (die zu Teilen der Betriebsrechnung gehen), gegen 227,3 Millionen RM. im Jahre 1928 und 202 Millionen RM. im Jahre 1927 steigen wird.

An Fahrzeugen ist die Reichsbahn infolge der beträchtlichen Aufträge in den Nachkriegsjahren reichlich versehen. Noch heute hat sie einen Überbestand von 1800 Lokomotiven und 30 000 Güterwagen. Der Personenwagenpark ist dagegen nicht ausreichend. Aus diesem Grunde erfolgen im Jahre 1929 die geldlichen Aufwendungen in der Hauptsache für die Erneuerung der Personenwagen. Dafür sind 157 Millionen RM. oder 69 % der verfügbaren Gesamtsumme vorgesehen.

Die Umstellung auf das Zweiklassensystem hat eine vier- bis fünfmal stärkere Benutzung der Polsterklasse mit sich gebracht, so daß die Anzahl der Polsterklassenwagen vermehrt werden muß. Für die neuen Wagen, von denen vorläufig über 700 in Auftrag gegeben wurden, ist ein neuer Einheitsstyp geschaffen worden.

An Oberbaustoffmengen werden veranschlagt 391 000 Tonnen Schienen, 175 000 Tonnen Klein-eisen, 88 000 Tonnen Weichen, 276 000 Tonnen Eisen-schwellen und 5 900 000 Stück Holzschwellen für Gleise. Der Geldbedarf für Oberbau- und Baustoffe wird mit 283,3 Millionen RM. veranschlagt.

Sowjetrussischer Waggonbedarf.

Der Sowjetrussische Bedarf an Großgüterwagen beträgt 12 000 Stück pro Jahr bis 1932 und im folgenden Jahrzehnt sollen 35 000 bis 40 000 Waggons jährlich nötig sein. Da die bestehenden Waggonfabriken, einschließlich des sich zurzeit im Umbau befindlichen Dnjeprowsk-Werkes, selbst nach Vornahme von Erweiterungsbauten nur 6000 bis 7000 Wagen produzieren können, will die Sowjetregierung eine neue Waggonfabrik in Nischni-Tagil im Ural errichten, die in der Lage ist, die fehlenden 5000 Waggons jährlich zu liefern. Die Fabrik soll unter Heranziehung ausländischen Kapitals errichtet werden, wofür drei Möglichkeiten vorgesehen sind: in Form der reinen Konzeption, in Form einer Kreditgewährung für die gesamten Baukosten oder in Form einer teilweisen Kreditgewährung, z. B. Lieferung von Maschinen mit sieben- bis achtjährigen Kreditfristen.

Die Baukosten des Werkes werden bei Dreischichtenbetrieb auf 34 bis 35 Millionen Rbl. veranschlagt.

Aus der Automobilindustrie.

Der Verkauf der Automobilfabrik Opel A.-G. an die General Motors Corporation in Detroit, Amerika, ist Tatsache geworden. Wenn nach außen hin auch eine andere Form gewählt wurde, so haben hier wohl besondere Umstände mitgewirkt. Das Aktienkapital der Opelwerke betrug 60 Millionen RM. und befand sich ausschließlich in Familienbesitz. Über den Verkaufspreis ist Genaues nicht bekannt; genannt wurden 120 Millionen, ja sogar 150 Millionen RM. Der Übergang der größten und modernst eingerichteten deutschen Automobilfabrik in amerikanischem Besitz hat in der Öffentlichkeit starkes Aufsehen erregt. Mißlichartig zeigt uns der Vorgang die ungeheure Vormachtstellung des amerikanischen Kapitals, aber auch einen starken Unternehmerwillen amerikanischer Persönlichkeiten. Nach Zeitungsmeldungen soll übrigens die General Motors auch die Mehrheit der französischen Automobilfabrik Citroen übernommen haben. — Wo General Motors ist, darf selbstverständlich Ford nicht fehlen, und schon laufen Gerüchte,

daß die Firma Gebrüder Reichstein, Brennabor-Werke, sich in ihrer Automobilfabrikation mit Ford vereinigen will. Als Preis werden hier 90 Millionen RM. genannt. Die Brennaborwerke erklären diese Gerüchte allerdings für falsch, aber bei Opel war das ja ähnlich; hier wurde immer dementiert, bis die Angelegenheit erledigt war. Warum soll es bei den Brennaborwerken anders sein.

Die beiden großen amerikanischen Automobilfabriken Ford und General Motors, die sonst in starker Konkurrenz zueinander stehen, sind, wenn es sich um Eroberung von Neuland für sie handelt, anscheinend nicht so uneinig. Angeblich verhandeln Vertreter der Sowjetregierung mit ihnen über die Beteiligung an der Errichtung einer großen Automobilfabrik in Rußland. Für den Bau und die technischen Einrichtungen soll bereits ein Kapital von 300 Millionen Rubel zur Verfügung stehen. Gebaut werden sollen Personenwagen und kleine Lastwagen nach amerikanischem Muster. Die Jahresproduktion soll auf 100 000 Wagen gebracht werden. Wenn auch dem Vordringen des Automobilverkehrs in Rußland durch den schlechten Stand und die schlechte Beschaffenheit der Straßen noch starke Hindernisse entgegenstehen, so darf doch nicht verkannt werden, daß die Sowjetregierung große Anstrengungen macht, Verbesserungen einzuführen. Je mehr Sowjet-Rußland sich wieder dem kapitalistischen System nähert, desto mehr wird Industrie, Handel und Verkehr wachsen. Die Amerikaner sehen, daß hier in Zukunft Geschäfte zu machen sind und greifen zu. Die deutsche Automobilindustrie, die bisher in etwa, besonders im Lastautobau, am Auslandsgeschäft beteiligt war, wird durch das Emporwachsen einer eigenen russischen Industrie wiederum mehr eingeengt.

Köln. Tarifbewegung bei der Fa. Karl Deutsch, S. m. b. H., Karosseriewerk, Köln-Braunsfeld. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie sich bei der Fa. Karl Deutsch gestalteten, machten eine tarifliche Regelung derselben dringend notwendig. Im Betrieb selbst, wo vorwiegend im Akkord gearbeitet wird, konnte erst ein Tarifvertrag die Grundlagen für den Aufbau des Akkordes regeln. Obwohl für die Kölner Auto-Karosserie- und Fahrzeugfabriken ein Tarifvertrag besteht, lehnte es die Fa. Karl Deutsch ab, denselben anzuerkennen. Im Laufe des vergangenen Jahres war es uns möglich, die Anerkennung des Lohnabkommens für die Kölner Auto-Karosserie- und Fahrzeugfabriken zur Anerkennung zu bringen. Ende des Jahres 1928, nachdem die Firma nach einer vorübergehenden Stilllegung die Produktion wieder aufgenommen hatte, trat die Verbandsleitung an die Fa. heran mit der Forderung: Anerkennung des Tarifvertrages für die Kölner Auto-Karosserie und Fahrzeugfabriken. Wiederholte Verhandlungen, die mit der Fa. geführt wurden, führten zu keinem befriedigendem Ergebnis.

Anfang Februar befaßte sich zum ersten Male der Kölner Schlichtungsausschuß mit der Angelegenheit. Weitere Verhandlungen zwischen Verbandsleitung und Firma erfolgten mit dem Ergebnis, daß zum Schluß nur mehr einige Differenzen in der Akkordregelung übrig blieben, wo die Parteien sich nicht einigen konnten. Am 21. 3. wurde vom Schlichtungsausschuß Köln ein Schiedspruch gefällt, der besagte, daß der für die Kölner Auto-Karosserie und Fahrzeugfabriken geltende Tarifvertrag auch für die Fa. Karl Deutsch Anwendung findet. Für die im Lohn beschäftigten Sacharbeiter der Gruppe 1 und 2 soll ein Zuschlag zum Mindestlohn von 15% vergütet werden. Die Firma lehnte den Schiedspruch ab und in einer Betriebsversammlung am 3. 4. nahm die Belegschaft zum Verhalten der Firma Stellung. Nach einer längeren Aussprache wurde in geheimer Abstimmung der Streik beschlossen. Der Streikbeschuß wurde der Fa. zur Kenntnis gegeben und zugleich befragt, ob sie bereit sei, noch einmal zu verhandeln. Am 5. 4. fanden darauf nochmals Verhandlungen statt, die zum Ergebnis führten, daß die Fa. Deutsch den Schiedspruch anerkannte mit folgender Abänderung: Diejenigen Arbeiter, die im Stundenlohn beschäftigt werden müssen und keine Akkordarbeit verrichten können, erhalten ab 4. 4. 1929 einen 10%igen Lohnzuschlag. Derselbe erhöht sich ab 9. 5. 29 auf 15%. Der Tarifvertrag für die Kölner Autoindustrie mit Ausnahme der vorbezeichneten vorübergehenden Abänderung tritt am 4. 4. 29 in Kraft.

Der Abschluß dieser Bewegung zeigt uns, wie dringend notwendig eine starke Organisation ist. Als alle Verhandlungen nichts mehr nutzten, wurde das äußerste gewerkschaftliche Kampfmittel beschlossen. Erst als die Fa. sah, daß die Arbeiterschaft auch vor dem Kampf nicht zurückdrehte, war sie bereit, mit uns das abzuschließen, was wir seit Monaten in Verhandlungen gefordert haben. Die Kollegen der Fa. Karl Deutsch sollen sich bewußt sein, daß der Erfolg dieser Verhandlungen nur möglich war durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß.

Erwartungen unserer Holzarbeiter im hiesigen Bezirk verwirklicht werden konnten. Unser Ziel haben wir uns sehr weit gesteckt. Trotzdem freut uns das Erreichte und das Erreichbare und jeder Fortschritt wird freudig begrüßt. Diese würden in weit größerem Umfange noch festzustellen sein, wenn sämtliche Kollegen mehr Interesse für die Verbandsarbeit bekunden würden. Eine Schwächung dieses Interesses wird allerdings durch die außerordentlich schlechte Wirtschaftslage im vergangenen Winter herbeigeführt sein. Ein großer Teil unserer Mitglieder ist arbeitslos und eine monatelange Arbeitslosigkeit kann auch die beste Stimmung verderben. Die weitere Entwicklung unserer Zahlstelle lassen wir uns sehr angelegen sein. Wir leiden auch sehr unter dem Terror freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Doch das soll uns weniger stören. Wir haben die Absicht, dem Segner zu zeigen, daß wir in der Grenzmark etwas bedeuten wollen. Unser Sautag in Berlin hat diesen alten Kämpfergeist belebt und unseren Mut gestärkt.

Kundschau.

Unsere Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft hielt am 9. April d. Js. in Berlin ihre Generalversammlung ab. Die Geschäftsergebnisse des Jahres 1928 waren wieder außerordentlich günstig. Die Prämieinnahme stieg von 6,21 Millionen RM. im Vorjahre auf 8,24 Millionen RM. Die Zinsentnahmen haben sich nahezu verdreifacht. Schäden waren in Höhe von rund 0,97 Millionen RM. zu decken. Es verblieb infolgedessen trotz reichlicher Abschreibungen nach Deckung aller Unkosten ein Gewinn von rund 614 000 RM. Die Gewinnreserve der Versicherten beträgt rund 1,29 Millionen RM., die Prämien dividende für die Versicherten 20 Prozent der Jahresprämie. Eine Steigerung aus Zinsüberschüssen ist in Aussicht genommen. Die Aktionärsdividende wird wiederum mit ihrem satzungsgemäßen Höchstbetrage von 4 Prozent gewährt.

Der summenmäßige Lebensversicherungsbestand betrug:

1924:	23 279 000 Reichsmark,
1925:	51 461 000 Reichsmark,
1926:	76 906 000 Reichsmark,
1927:	129 572 000 Reichsmark,
1928:	180 357 000 Reichsmark.

Die Zahl der Versicherten betrug:

1924:	36 100,
1925:	66 221,
1926:	110 685,
1927:	265 420,
1928:	395 669.

Durch den Neuzugang im Jahre 1929 ist der Bestand an Lebensversicherungen inzwischen auf 200 Millionen Reichsmark gestiegen mit weit über 400 000 Versicherungen.

Die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft, an deren Spitze nach dem Ausschneiden des verdienten Grafen Posadowsky Ministerpräsident a. D. Dr. Adam Stegerwald steht, wird bekanntlich von zahlreichen wirtschaftlichen, konfessionellen und andern Organisationen getragen. Sie hat nicht nur in zahlreichen Versicherungsfällen durchgreifend helfen, sondern auch durch Gewährung von Hypotheken, besonders an Gemeinden, den Wohnungsbau in erheblichem Umfange fördern können. Durch unsere eigene wirtschaftliche Selbsthilfe-Einrichtung nachhaltig zu fördern, ist daher vornehmste Aufgabe jedes einzelnen von uns.

Aus dem gewerbl. Leben.

Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure. Die diesjährige Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure findet vom 22.—24. Juni in Königsberg statt. Maßgebend für die Wahl dieser Stadt zum Tagungsort der deutschen Ingenieure war vor allem die Absicht, das Band ihrer Zusammengehörigkeit mit den vom Mutterland abgetrennten Fachgenossen fester zu knüpfen und damit die Bedeutung des Ostens für die deutsche Tech-

nik und Wirtschaft besonders zum Ausdruck zu bringen.

Der Eigenart Ostpreußens wie der Wichtigkeit des Gegenstandes überhaupt entsprechend, werden die wissenschaftlichen Verhandlungen vorwiegend im Zeichen der Land- und Forstwirtschaft stehen. Die Bedeutung der organischen Produktion für Technik und Industrie wird in den beiden großen Vorträgen der Hauptversammlung „Landwirtschaft“ und „Forstwirtschaft“ gewürdigt werden. Als Redner sind Exzellenz von Batoeki, Königsberg und Ministerialdirektor Wappes, München, gewonnen worden.

Die Fachsitzungen erstrecken sich auf die Gebiete Landwirtschaftstechnik, Holzprüfung, Betriebstechnik, Vertriebstechnik, Industrielles Rechnungswesen, Ausbildungswesen und Staubtechnik, die von den Ausschüssen des V. d. I. ständig bearbeitet werden. Gegenstand der wissenschaftlichen Beratungen wird vorwiegend das Thema Holz sein und im Rahmen einer „Lehrschau Holz“ besonders eingehend behandelt werden. Die Lehrschau wird gemeinsam mit dem Deutschen Forstverein und andern führenden Organisationen veranstaltet und vom 22. Juni bis 7. Juli, sowie vom 11.—13. August während der Deutschen Ostmesse im Hause der Technik in Königsberg gezeigt werden.

Anlässlich des 25jährigen Bestehens der Technischen Hochschule Danzig findet dafelbst am 21. Juni ein feierlicher Festakt statt, an den sich die wissenschaftlichen Fachsitzungen über Verkehrswesen, Wärmetechnik und Schweißtechnik anschließen. Gleichzeitig findet in Danzig die Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Bauingenieurwesen statt.

Für den letzten Tag sind zahlreiche Besichtigungen industrieller Betriebe und sonstiger bemerkenswerter Anlagen vorgesehen. Auch ist den Teilnehmern günstige Gelegenheit geboten, die landschaftlichen Schönheiten Ostpreußens durch Ausflüge nach der Samlandküste, nach der Kurischen Nehrung, nach Masuren und der Marienburg kennenzulernen.

Meisterkurse für die Provinz Westfalen, eingerichtet im Jahre 1904 unter Beteiligung des Staates, der Provinz, der Stadt Dortmund und der westfälischen Handwerkskammern. Der Beginn der nächsten großen achtmöchigen Meisterkurse für Schuhmacher, Schneider, Schreiner und Damenschneiderinnen ist festgesetzt auf Montag, den 3. Juni 1929. Wegen der guten Unterrichtserfolge war die Teilnahme an den Kursen bisher eine sehr rege. Seit Beginn der Kurse bemühten über 2000 Handwerker diese vorzügliche Unterrichtsgelegenheit. Die Kurse sollen dazu dienen, sich mit den neuesten Techniken vertraut zu machen. Diese Kurse sind in bezug auf die Ablegung der Meisterprüfung sehr wertvoll. Der Unterricht findet täglich von 8 bis 12 und 14 bis 18 Uhr statt (Samstagnachm. frei). Jeder Kursus dauert 8 Wochen.

Unterrichtsfächer sind: Fachzeichnen, praktische Übungen in den neuesten Techniken, Kalkulation, Maschinen-, Werkzeug-, Materialkunde, Buchführung, Rechnen, Bürger- und Gesetzeskunde, fachwirtschaftliche Vorträge. Das Unterrichtsgeld beträgt 50,— RM. für den Kursus. Bedürftigen Teilnehmern kann eine Beihilfe zum Lebensunterhalt bewilligt werden. Die Anmeldungen, wozu besondere Formulare bei der Leitung der Meisterkurse und den westfälischen Handwerkskammern zu haben sind, sind bis zum 25. Mai 1929 zu richten: „An die Leitung der Meisterkurse in Dortmund, Brüggemannstr. 25“.

Fachtechnisches.

Von der Frankfurter Frühjahrsmesse. Im Rahmen der Frankfurter Messeveranstaltungen kommt der Möbelmesse immer größere Bedeutung zu. Auch bei der diesjährigen Frühjahrsmesse (14. bis 17. April), hatte die Besichtigung gegenüber den früheren Messen wesentlich zugenommen. Dazu war auch die Auswahl diesmal größer. Sehr groß war die Besucherzahl aus Interessentenkreisen; nur Wiederverkäufer werden zum Besuch zugelassen. Die getätigten Abschlüsse waren in den ersten Tagen zufriedenstellend, in den letzten Tagen mäßig. Besonders gekauft wurden Rüchen, Schlafzimmer sowie Polstermöbel, auch fanden die Reformküchen (mit eingebautem Geschirr).

welche in den verschiedensten Ausführungen ausgestellt waren, reges Interesse. Auch hier sollen gute Abschlüsse getätigt worden sein. Für Herren- und Speisezimmer bestand weniger Nachfrage. Festzustellen war, daß billige und mittlere Ware mehr gekauft wurde. Unter Berücksichtigung der augenblicklichen gedrückten Wirtschaftslage sowie der Hemmungen, hervorgerufen durch den langen Winter, ist das Ergebnis der Möbelmesse als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Die Abteilung Holzbearbeitungsmaschinen war gleichfalls wiederum gut besichtigt. Hier ist es zu beachtlichen Abschlüssen gekommen. Diese Tatsache zeigt, daß man für die nächste Zeit eine Belebung der Geschäfte innerhalb der Holzindustrie erwartet, dazu kommt das Bestreben der Holzindustrie, auch in technischer Hinsicht die Betriebe vollkommen zu gestalten. Gekauft wurden insbesondere die kleinen Holzbearbeitungsmaschinen sowie die Universalmaschinen, jedoch auch bei den größeren Maschinen konnten gute Abschlüsse getätigt werden, während man hier im wesentlichen nur die Anknüpfung von Verbindungen erwartet hatte. An neueren Spezialmaschinen wurden vor allem auch Poliermaschinen gekauft. Es wird wohl auch hier die Handarbeit in der Zukunft mehr als bisher von der Maschinenarbeit verdrängt.

Ausstellungen Köln 1929. Vom 18. Mai bis Ende September wird der von der Presse her als „Staatenhaus“ bekannte Halbrundbau des Kölner Ausstellungsparks eine Reihe von Ausstellungen aufnehmen, die unter der Bezeichnung „Ausstellungen Köln 1929“ zu einer geschlossenen Veranstaltung zusammengefaßt werden. Von allgemeiner Bedeutung ist eine Ausstellung „Die wachsende Wohnung“, die im Gegensatz zu anderen Wohnungsausstellungen ganz auf die praktischen Bedürfnisse der breiten Volksschichten abgestellt sein wird. Der Grundsatz wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und die Ziele neuzeitlicher Wohnkultur bei der Einrichtung und Vergrößerung der Wohnung sollen an praktischen, für die typischen Wohnungsverhältnisse geltenden Beispielen veranschaulicht werden. Träger der Ausstellung ist die Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbundes für Köln und die Rheinlande. Dieser Schau ist eine Sonderabteilung „Einzelgerät“ angegliedert, die kunsthandwerklich oder industriell hergestellte Einzelgegenstände, wie Möbel, Stoffe, Tapeten, Glas- und keramische Erzeugnisse, Metallgegenstände, Hausgerät usw. umfaßt, deren Entwürfe aus dem Bereich der genannten Arbeitsgemeinschaft stammen.

Die zweite Ausstellung ist die des Deutschen Künstlerbundes, die neben Plastiken in erster Linie moderne Malerei zeigen wird. Da der Bund in diesem Jahr sein 25jähriges Bestehen feiert, soll die Ausstellung eine besonders eindrucksvolle, durch die besten Namen getragene Vertretung der deutschen Kunst darstellen.

„Schätze aus Kölner Museen“ nennt sich eine weitere sehr reichhaltige Ausstellungsgruppe, in der vor allem unbekanntere Wertstücke aus dem Kölner Museumsbesitz der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Die einzelnen Abteilungen: Primitive Kunst, Kunst des Altertums, Ostasiatische Kunst, Malerei, Kunstgewerbe usw. werden nach bestimmten kunstgeschichtlich interessanten oder aktuellen Gesichtspunkten aufgebaut.

Es schließt sich an eine Ausstellung „Russische Kunst“, deren Mittelpunkt die Ikonen bilden. Eine andere Abteilung ist der russischen Volkskunst gewidmet, die Erzeugnisse sowohl der Vergangenheit als auch der Gegenwart umfassen wird.

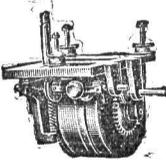
Ein interessantes Gegenstück zu der Ausstellung „Die wachsende Wohnung“ wird eine Gruppe bilden, deren Thema „Österreichische Wohnkultur nach 1815“ ist.

Weiter wird in die Reihe dieser Veranstaltungen eine Ausstellung des Völkerbundes, eine Skulpturenschau, eingegliedert.

Bücher und Schriften

bezieht der christliche Gewerkschafter durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Sprechmaschinen-Laufwerke



z. Selbst-
einbauen
la. Doppelschneckenfederwerk
(2 Stck. 30 cm Platten spielend)
nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummiunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-Schalldose nur
Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

Robert Husberg - Neuenrade i. W. 9

Intarsien jeder Art
Neuer Katalog gegen 0,50 M.
in Briefmarken.

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 711

Die Handwerkskunst
im Holzgewerbe

Bezugspreis vierteljährlich 2.— Mark.
Bestellungen sind an die Geschäftsstelle unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Venloerwall 9 zu richten.

Ia. Hobelbänke

beste südd. Ausführung. Blatt und Gestell aus gedämpftem, trockenem Buchenholz, mit Stahlspindeln

zum Reklamepreis à Stück 95,— Mk.

frei jeder Station. Abbildungen gratis. la. Referenzen. Weißbuche polierte Hobel, Schraubenzwingen, Jugenleimer, Schleifmaschinen, Turnierböcke usw. Werkzeugprospekte gegen 30 Pfg. Briefmarken.

Nichtgefallendes nehme ich zurück.

M. Walther, Dresden-N.
Rehefelder Str. 53 a.



Eingablg.: Deutsche Volksbank, Gfien, Postfisch. R. 16400